



Schleswig-Holsteinischer Landtag

**Jens-Christian Magnussen, MdL**

Brunsbüttel, 12. April 2013

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **Jens-Christian Magnussen: Standortzwischenlager sind atomrechtlich genehmigte Bauwerke mit festgeschriebenem Funktionsauftrag und keine Lagerhallen**

Zur Presseerklärung der Grünen vom 11.4.2013 zur Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen in Brunsbüttel nimmt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion wie folgt Stellung:

Sehr geehrte Frau von Kalben, auch wir sind uns der Verantwortung bewusst und bereit uns dieser zu stellen.

Nur ein politisches so tun, als ob man sich wirklich inhaltlich der Aufgabenstellung bewusst ist, sieht anders aus.

Wieder einmal zeigen die Grünen „Saubermänner“ mit einem Finger in Richtung Berlin und vergessen gänzlich, dass drei Finger auf sie selbst gerichtet sind.

Ideologisch motivierte Schnellschüsse sollten lieber erst einmal mit Fakten hinterlegt werden.

Sowohl der Bundesumwelt- als auch der Landesumweltminister müssen verantwortungsvoll mit transparenten Verfahren die Situationen an den Standorten analysieren und aktiv die Akteure vor Ort einbeziehen. Bei der Auswahl geht es nicht nur um Transporte per See und kurze Landwege.

Politische Willen- und Absichtserklärungen sollten hinter dem Zusammentragen von Fakten und Tatsachen zurückstehen.

Eine Übernahme der in Brunsbüttel entstanden radioaktiven Abfälle wäre für mich eine logische und nachvollziehbare Konsequenz.

Aber zum Deutschen „Atommüllklo“ darf das Zwischenlager Brunsbüttel nicht verkommen. Hier haben die Menschen in der Region ein Wort mit zu reden.

**Eine Bürgerbeteiligung in einem ausgewogenen Verfahren mit allen Genehmigungsschritten ist hier zwingend gefordert.**

Ich freue mich, dass der Energiewendeminister sich meines Vokabulars bedient. Trotz seiner Bereitschaft zur Zwischenlagerung plant er scheinbar nicht Brunsbüttel zum „schleichenden Endlager“ werden zu lassen.

Wie seitens der Fraktionsvorsitzenden der Grünen mit Schleswig-Holsteinischen Landtag von Kalben ausgeführt, dass es sich bei den Zwischenlagern um „Lagerhallen“ handelt, vermittelt nicht den Eindruck, dass Frau von Kalben weiß, über was sie spricht.

Es handelt sich um Meterdicke Stahlbetonbauten, die in ihrer Funktion den standortbedingten Erfordernissen entsprechend technisch ausgerüstet sind.

Alle Standortzwischenlager sind in umfangreichen Genehmigungsverfahren unter Einbeziehung der jeweiligen Atomaufsichtsbehörden erbaut, technisch ausgerüstet und genehmigt worden. Brunsbüttel im Übrigen zu Zeiten einer Rot / Grünen Regierung.

Alle Befürworter der Einlagerung der Sellafield Castorbehälter in Brunsbüttel sollten sich fragen, ob das angedachte Zwischenlager auch den Erfordernissen dieser Castorbehälter entspricht.

Nach den Versäumnissen der Vergangenheit durch alle Parteien, muss endlich ein fundierter Beginn der Suche nach geeigneten Endlagerstätten erfolgen.

Hierzu sind länderseitig nachhaltige Konzepte zu entwickeln, die u.a. das Einwerben von Bundesforschungsmitteln für u.a. Untergrunderkundungen befördern.

Es ist an der Zeit unseren Forschern, Denkern und Wissenschaftlern das Feld zu überlassen, um nachhaltige Grundlagen zu schaffen. Weiter muss es endlich ein offenes Miteinander mit den Energiekonzernen, die Kernkraftwerke betrieben haben oder noch betreiben, geben.

Emotionen schürende Parolen stören ein konstruktives Handeln und gefährden einen gemeinsamen Weg zum erfolgreichen Ziel.